

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.



Der Fall Brosius-Gersdorf, eine abgesagte Richter:innenwahl

Die *Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.* ist angesichts der Ereignisse im Vorfeld der Richter:innenwahl von Prof.in Frauke Brosius-Gersdorf am 11.07.2025 im Deutschen Bundestag, die zur Absetzung des Tagesordnungspunktes führten, zutiefst bestürzt und alarmiert. Die Causa ist zu einem Fallbeispiel geworden, wie eine von Verleumdungen und Desinformation geprägte Kampagne von rechtskonservativen und teilweise rechts-extremen Personen und Netzwerken initiiert wurde, um politische Diskurse in einer Demokratie zu beeinflussen und zu desavouieren.

Frau Prof.in Brosius-Gersdorf, eine anerkannte Professorin für Verfassungsrecht mit Positionen aus der Mitte unserer Gesellschaft¹ und für eine Richterposition am Bundesverfassungsgericht nominiert, sollte verhindert werden! In einer Dynamik von polemischen, unsachlichen und falschen Unterstellungen war es das Ziel, Einfluss auf Parlamentarier:innen (insbesondere der CDU-Fraktion) zu nehmen, um ihre Wahl abzuwenden.

Unterstellungen und Fakenews bezogen sich vor allem auf Frau Prof.in Brosius-Gersdorfs Positionen zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin², zu Grundrechten und wehrhafter Demokratie sowie zu öffentlichen Gesundheitsmaßnahmen, um schließlich noch einen Plagiatsvorwurf ohne wissenschaftliche Untermauerung ins Feld zu führen. Die Kampagne gegen sie startete am 25.06. mit veränderten und verkürzten Eintragungen bei *Wikipedia* und gipfelte in einer Flut von ca. 37.000 Mails³ an Unions-Abgeordnete – ein Vorgang direkter Einflussnahme auf parlamentarische Entscheidungen von immenser Reichweite. Die skizzierten Vorgänge führen uns vor Augen, wie der traditionelle parteiübergreifende Konsens und die richterliche Unabhängigkeit in einer fragmentierten politischen Landschaft in Frage gestellt werden können. Wir beobachten mit größter Sorge, wie sich Kräfte zusammenschließen, um das Miteinander in einer Demokratie zu konterkarieren und mit Lügen und einer Empörungsinzenierung deren Spielregeln auszuhebeln.

Als *Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.* treten wir nachdrücklich ein für die Stärkung demokratischer Prozesse und – damit untrennbar verbunden – für die Gleichstellung der Geschlechter. Wir fordern von den Koalitionsfraktionen, zu einem fairen Verfahren zur Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes zurückzukehren. Legale Wege zur Verfolgung rechtsradikaler Hetze im Netz und von Betreibern einschlägiger Plattformen müssen ausgeschöpft und juristische Möglichkeiten, deren Finanzierung zu unterbinden, geschaffen werden.

Für den Vorstand der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V.
Berlin, Juli 2025 Helga Hentschel Eva-Maria Nicolai

¹ Eine Reform des § 218 StGB befürworten ca. 80 % der Deutschen.

² Beatrix v. Storch etwa beschrieb sie als „... Eine linksradikale Aktivistin, die im Prinzip der Abtreibung bis zum 9. Monat das Wort redet ...“

³ lt. Politikberatungsnetzwerk *polisphere*, s. auch ZDF *heute journal* vom 20.07.2025
vgl. auch Online-Portale wie *NIUS*, *Apollo News*, *Tichys Einblick*, *Compact & Co.*